

## Junge Beschäftigte

### Arbeitsstress und Unsicherheit

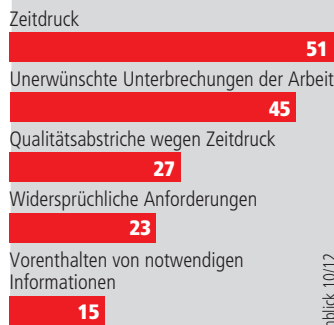
Junge Beschäftigte sind konfrontiert mit unsicherer Beschäftigung und Armutslöhnen. Gleichzeitig steigt der Arbeitsdruck, die Anforderungen an die einzelnen ArbeitnehmerInnen nehmen zu. Das ist das Fazit einer Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2011 mit dem Fokus auf Beschäftigte unter 35.

Das Ergebnis der Studie offenbart Handlungsbedarf: Rund die Hälfte der jungen Beschäftigten leiden unter Zeitdruck und Arbeitshetze. 41 Prozent machen fünf und mehr Überstunden pro Woche. 70 Prozent der jungen Beschäftigten sind in den letzten 12 Monaten mindestens einmal zur Arbeit gegangen, obwohl sie sich richtig krank gefühlt haben. Arbeitsdruck und Stress sind so groß, dass es mehr als einem Viertel der Beschäftigten schwer fällt, nach dem Ende der Arbeitszeit abzuschalten.

Zum vierten Mal hat der DGB im Rahmen des Index Gute Arbeit eine Sonderauswertung zu den jungen Beschäftigten vorgenommen. Dabei wurde nach der Einkommenssituation und den Arbeitszeiten, der Arbeitsintensität und den

#### Jeder Zweite leidet unter Arbeitshetze

Psychische Belastungen von Beschäftigten unter 35 Jahren (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2011, Sonderauswertung „Arbeitsqualität aus der Sicht von jungen Beschäftigte“

**Bereits zu Beginn des Berufslebens ist der Stress immens: Mehr als die Hälfte aller unter 35-Jährigen leidet unter Zeitdruck.**

psychischen wie physischen Belastungen gefragt. Wer psychische Belastungen und Burnout bislang eher bei ArbeitnehmerInnen ab 50 vermutete, wird durch die Studie eines Besseren belehrt. Besonders hoch sind die Belastungen in Pflegeberufen: 67 Prozent der jungen Beschäftigten in Gesundheitsberufen haben das Gefühl, ständig un-

ter Zeitdruck zu stehen. Aber auch 60 Prozent der jungen ArbeitnehmerInnen im Baugewerbe klagen über Arbeitshetze.

Für die jüngeren Beschäftigten fangen die Probleme beim Einkommen und der Art ihrer Beschäftigung an. Lediglich die Hälfte der Befragten ist unbefristet beschäftigt und verdient mehr als 1500 Euro im Monat. Fast jede/r vierte bezieht ein Einkommen unter 1500 Euro, jede/r sechste weniger als 800 Euro. „Von Planungssicherheit kann bei vielen der Befragten keine Rede sein“, stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fest. Etwa ein Fünftel sei befristet beschäftigt, jede/r zehnte arbeite in Leiharbeit oder als Minijobber. „Gerade sie sind verunsichert, und das in einer Lebensphase, in der für viele die weitere Lebens- und Familienplanung ansteht“, so Ingrid Sehrbrock weiter.

Ein zentrales Problem liegt in der Entgrenzung der Arbeitszeit. Überstunden und der Trend, die Arbeit mental mit nach Hause zu nehmen, führen dazu, dass die Zeit zur Regeneration nicht reicht. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf sieht damit den „Burnout in der Mitte der Gesellschaft angekommen“. Es sei notwendig, die belastenden Faktoren anzugehen. „Befristete Beschäftigung darf nicht zum Normalfall, Minijobs müssen neu geregelt werden. Und was die psychischen und körperlichen Belastungen der Beschäftigten angeht, brauchen wir mehr Mitbestimmung, mehr Kontrollen und stärkere Sanktionen.“

## plusminusBERLIN

**+** „Frauen verdienen das gleiche Gehalt wie Männer – sie bekommen es nur nicht“, begründete **Anette Kramme, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales, den SPD-Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz.**

**-** „Da muss man den Arbeitsmarkt deregulieren“, lautete der **Vorschlag des CDU-MdB Norbert Barthle auf den Vorwurf der Opposition, die Regierung kümmere sich nicht um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa.**

## inhalt

Seite 3

### Einfluss nehmen

**Die Arbeit der GewerkschaftsvertreterInnen bei der Bundesanstalt für Arbeit ist Thema des Interviews mit dem DGB-Arbeitsmarktexperten Wilhelm Adamy**

Seite 6/7

### Lösungen suchen

**Auf dem Transformationskongress des DGB am 8.19. Juni in Berlin geht es um die Zukunft der Gesellschaft, wie wir künftig leben und arbeiten wollen. Welche Ziele angestrebt werden, beschreiben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer für die Gewerkschaften und Michael Müller für den Deutschen Naturschutzring**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[www.ituc-csi.org/play-fair.html](http://www.ituc-csi.org/play-fair.html)

**IGB-Kampagnen-Portal „Play Fair“ für menschenwürdige Arbeitsbedingungen im Vorfeld von Sportveranstaltungen, wie den Olympischen Spielen oder Fußball-Weltmeisterschaften**

### Hintergrund

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
**Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2011 über junge Beschäftigte**

DIW-Studie

## Geringverdiener arbeiten länger

Weniger Einkommen, aber längere Arbeitszeiten: Das ist für GeringverdienerInnen der Normalfall. Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) arbeiten knapp 900 000 Vollzeitbeschäftigte mit Niedriglohn 50 Wochenstunden und mehr. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist das Ergebnis „besonders perfide“. Ausgerechnet Geringverdiener würden „ausgequetscht wie eine Zitrone“. Häufig findet sich diese negative

Kombination laut der DIW-Befragung bei KraftfahrerInnen und im Gastgewerbe. Für den NGG-Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg ist das Ergebnis logisch: „Hungerlöhne führen ja gerade dazu, dass die Betroffenen ihre Stundenzahl erhöhen und ihre Gesundheit gefährden.“ Sein Fazit: Die Studie stützt die gewerkschaftliche Forderung nach einem Mindestlohn. Annelie Buntenbach erwartet darüber hinaus eine bessere Kontrolle des Arbeitszeitgesetzes. Es sei offensichtlich, dass die gesetzliche Wochenarbeitszeit von maximal 48 Stunden von vielen Arbeitgebern „systematisch“ ignoriert werde. • [www.bit.ly/studiediv](http://www.bit.ly/studiediv)

ILO-Report

## Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu

Fast 75 Millionen Jugendliche auf der ganzen Welt sind arbeitslos – das ist das traurige Fazit des ILO-Berichtes „Global Employment Trends for Youth 2012“. Nach dem gerade erschienenen Bericht setzte die Weltwirtschaftskrise dem allmählichen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ein jähes Ende. Seit 2008 nimmt die Arbeitslosigkeit

der jungen Generation zu. Für das laufende Jahr prognostiziert der Bericht eine Quote von 12,7 Prozent – ein Prozentpunkt oder vier Millionen mehr Jugendliche ohne Job als zu Beginn der Krise 2007. Die ILO erwartet, dass weltweit die Jugendarbeitslosigkeit bis 2016 nicht sinken wird. • [www.bit.ly/iilo\\_jugend](http://www.bit.ly/iilo_jugend)

Mindestlohngesetz

## Bremen geht voran

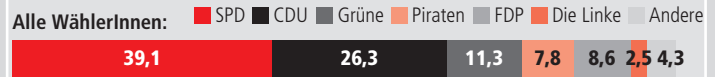
Als erstes Bundesland will die Hansestadt Bremen ein Mindestlohngesetz verabschieden. Zwar können Senat und Bürgerschaft keine umfassenden Vorgaben für die Privatwirtschaft regeln, aber das geplante Gesetz soll sicherstellen, dass alle Beschäftigten in Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, einen Mindestlohn von 8,50 Euro bekommen. Ebenso müssen Firmen, die öffentliche Aufträge, Bürgschaften oder Landesmittel erhalten, den Mindestlohn zahlen. Dies gilt dann

ebenso für Vereine und Verbände, die bezuschusst werden.

Während die Bremer nach Verbesserungen suchen, ist der Berliner Senat dabei, die existierende Vergaberechtregelung einzuschränken. Im Wirtschaftsausschuss beschlossen die Abgeordneten der SPD/CDU-Regierung, die Vorgaben des Gesetzes einzuschränken. Der Mindestlohn von 8,50 Euro soll dann nicht schon bei Aufträgen ab 500 Euro gelten, sondern erst ab einem Volumen von 10 000 Euro. Doro Zinke, DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, appellierte an die Abgeordneten, die Änderung nicht einfach zu akzeptieren, sondern „sich Zeit für eine sachliche Debatte zu nehmen“. •

## NRW-Wahl: Mehr als die Hälfte aller GewerkschafterInnen wählen SPD

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin NRW

### Gewerkschaftsmitglieder\*:

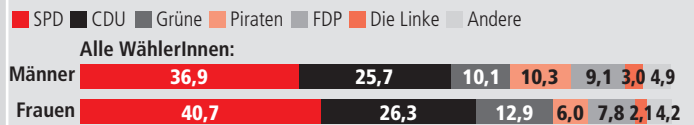


\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 10/12

## Frauen für Kraft

Zweitstimmen bei der NRW-Landtagswahl 2012 nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012 / Landeswahlleiterin NRW

### Gewerkschaftsmitglieder\*:



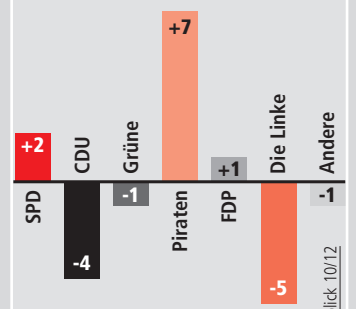
\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 10/12

**Mit 53 Prozent erreicht die SPD bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen einen mehr als dreimal so hohen Stimmenanteil wie die CDU (17%). Auf dem dritten Platz folgen Bündnis 90/Die Grünen mit zehn Prozent. Mit einem Plus von sieben Prozentpunkten kann die Piratenpartei auch unter den GewerkschafterInnen den höchsten Zuwachs verbuchen. Hohe Verluste mussten die Linke mit einem Minus von fünf und die CDU mit einem Minus von vier Prozentpunkten hinnehmen. Die von Hannelore Kraft (SPD) geführte rot-grüne Landesregierung steht bei Frauen hoch im Kurs – über 53 Prozent der Wählerinnen stimmten für Rot-Grün (SPD: 40,7%, Grüne: 12,9%). Vor allem bei den Gewerkschaftsfrauen: Mehr als 66 Prozent von ihnen votierten für Rot-Grün (SPD: 52,2%, Grüne: 14,0%) gegenüber knapp 60 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 51,7%, Grüne: 7,9%).**

## Gewinne für die Piraten

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei der Landtagswahl 2012 in NRW – Veränderungen gegenüber 2010 (in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 10/12

Leiharbeit

## Bessere Bedingungen

Faire Arbeitsbedingungen für LeiharbeiterInnen will der Bundesrat über die Entschließung „Faire und sichere Arbeitsbedingungen“ bei

der Bundesregierung durchsetzen. Auf Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurde eine entsprechende Drucksache bei der letzten Sitzung der Länderkammer am 11. Mai eingebracht. Die Vorlage wird jetzt in den Fachausschüssen beraten. •

### Vorsichtiger Optimismus

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde in diesem Jahr 60 Jahre alt. Der DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy ist Sprecher der Gewerkschaftsgruppe im Verwaltungsrat. Mit welchen Problemen sich das Gremium beschäftigt und wie durchsetzungstark die ArbeitnehmervertreterInnen sind, wollte der einblick wissen.

#### ■ Du sitzt auf der Arbeitnehmerbank der BA.

##### Wie groß ist euer Einfluss?

■ Unsere Rechte im Verwaltungsrat unterscheiden sich deutlich von denen in Aufsichtsräten. Der Gesetzgeber hat unsere Handlungsmöglichkeiten – gerade mit den Hartz-Gesetzen – massiv eingeschränkt. Zudem stellen wir nur ein Drittel der Stimmen, neben den Arbeitgebern und der öffentlichen Hand. Da kommen gewerkschaftliche Erfolge dem Bohren dicker Bretter gleich.

#### ■ Wo waren denn die Bretter besonders dick?

■ Wir brauchten zum Beispiel viel Überzeugungsarbeit, um vor einigen Jahren die Plätze in der außerbetrieblichen Ausbildung um mehr als 30 000 zu erhöhen. Dann haben wir durchgesetzt, dass die Arbeitsagenturen sich nicht nur um Arbeitslose kümmern, sondern ebenfalls um Beschäftigte, die ein hohes Risiko haben, arbeitslos zu werden. Und es ist ebenfalls das Verdienst der Arbeitnehmervertretung, dass wir seit 2006 das Sonderprogramm „WeGebAU“ haben, mit dem Beschäftigte im Betrieb gefördert und weitergebildet werden. Wir haben damals unsere Zustimmung zum Haushalt von der Zusage für eine solche Initiative abhängig gemacht.

#### ■ Und das funktioniert immer?

■ Das hängt von der Situation ab. So haben wir uns vor einigen Jahren massiv mit allen über die geplante Ausweitung der privaten und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung gestritten. Wir konnten

die gesetzliche Ausweitung der privaten, gewinnorientierten Vermittlung nicht verhindern, aber durchsetzen, dass die BA selbst Modellversuche zur besseren Vermittlung durchführt. Gleichzeitig haben wir dann mit dem Hauptpersonalrat der BA ein Gegenmodell entwickelt, das eine intensive und ganzheitliche Betreuung und Unterstützung von Arbeitslosen gewährleistet. Dieses Modell der Intensivbetreuung wird jetzt stufenweise in allen Agenturen umgesetzt.

#### ■ Gehört der Streit zum Geschäft?

■ Nein, bei den Entscheidungen gibt es oft wechselnde Mehrheiten. Geht es um die Mittel zur Förderung Arbeitsloser, können wir meistens mit den Stimmen der öffentlichen Hand – in dem Fall der Bundesländer – rechnen. Aber es gibt auch einstimmige Voten mit den Arbeitgebern. Beispielsweise wenn der Bund wieder einmal in die Taschen der Beitragszahler greifen will. So haben wir gemeinsam erfolgreich gegen die Bundesregierung geklagt, weil sie die Rentenbeiträge für die Menschen in Behindertenwerkstätten nicht mehr aus Steuermitteln finanzieren wollte.

Ein weiterer Rechtsstreit ist noch nicht entschieden. Dabei geht es um die Mittel aus der arbeitgeberfinanzierten Insolvenzrücklage, die der Bund vereinnahmt hat. Auch bei Präventionsthemen für Jugendliche sind wir häufig einer Meinung.

#### ■ Ist der Verwaltungsrat in seiner jetzigen Konstruktion

aus gewerkschaftlicher Sicht ausreichend stark gegenüber dem Vorstand?

■ Nein. Im Gegenteil. Der Gesetzgeber greift stärker ein und hat die Aufgabe des Verwaltungsrates weitgehend auf die nachträgliche Überwachung des Vorstandes und des operativen Geschäfts reduziert. Dazu kommt: Im Hartz IV-System gibt es kein Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgebern ein inhaltliches Beteiligungsrecht zugestanden wird. Es wurde uns nicht



Photo: DGB

**Wilhelm Adamy, Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, gehört seit 1986 den Nürnberger BA-Gremien an.**

einmal ein Informationsrecht eingeräumt. Das Hartz-IV-System trägt erheblich zur Deregulierung des Arbeitsmarktes bei. Doch gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten wollen sowohl der Bund als auch die Länder mit Macht verhindern.

#### ■ Gibt es ein Zukunftsmodell aus gewerkschaftlicher Perspektive?

■ Ich bin vorsichtig optimistisch, dass im Versicherungssystem mit der geplanten Reformstufe in den nächsten Jahren neue Ansätze probiert werden. In erster Linie muss es darum gehen, berufliche Aufstiegs- und nicht Abstiegsprozesse zu fördern. Außerdem muss die Qualifizierungsberatung ausgebaut und die nachhaltige Eingliederung verbessert werden. Zudem darf sich gewerkschaftliche Arbeitsmarktpolitik nicht nur darauf beschränken, die BA-Verwaltung für Kurskorrekturen zu gewinnen. Sie muss auch gesellschaftliche Vorurteile gegenüber Arbeitslosen und der Arbeitsförderung abbauen. ●

## Die Bundesagentur für Arbeit

Zum 1. Mai 1952 trat das Gesetz für die „Bundesanstalt für Arbeit“ in Kraft. Seit 2004 heißt die Institution nun moderner „Bundesagentur für Arbeit“ (BA). Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist mit fast 120 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Bundes. Das Budget der Arbeitslosenversicherung beträgt 38 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2012.

An der Spitze steht der Vorstand mit dem Vorsitzenden Frank-Jürgen Weise. Selbstverwaltungsorgane sind der Verwaltungsrat und der Verwaltungsausschuss bei den örtlichen Agenturen. Sie überwachen die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsführung und beraten den Vorstand.

Beide Selbstverwaltungsgremien sind drittelparitätisch besetzt. Der Verwaltungsrat besteht aus jeweils sieben VertreterInnen der Gewerkschaften, Arbeitgeber und der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen), die Verwaltungsausschüsse haben jeweils 4 Mitglieder

VertreterInnen der Gewerkschaften sind: DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, Wilhelm Adamy (DGB), Egbert Biermann (IG BCE), Isolde Kunkel-Weber (ver.di), Michaela Rosenberger (NGG), Dietmar Schäfers (IG BAU), Hans-Jürgen Urban (IGM). Zusätzlich gibt es fünf Stellvertreterinnen.

## Wettbewerbe

### Gegen Rassismus

Unter dem Motto „Zeig dein Foto von Respekt!“ rufen IG Metall und die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ zu einem Fotowettbewerb auf. Gesucht werden Fotos, die zeigen, was Respekt im Umgang miteinander bedeutet – Momentaufnahmen aus dem Alltag ebenso wie inszenierte Bilder. Es winken Geldprämien bis 1000 Euro. Einsendeschluss ist der 10. Oktober. Zur Jury gehören neben IG Metall-Vorstandsmitglied Bertin Eichler und Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Gelbe-

Hand-Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an“, unter anderem Betriebsräte und eine Jugend- und Auszubildendenvertreterin.

Bereits zum siebten Mal schreibt der Kumpel-Verein für 2012/13 den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus, der sich insbesondere an BerufsschülerInnen und Auszubildende richtet. Neue Schirmherren des Wettbewerbs sind Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Mehr zum Wettbewerb im nächsten einblick. •

[www.igmetall.de/respekt](http://www.igmetall.de/respekt)  
[www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

## DGB-Bildungswerk

### Gipfel zur Prävention

Können Manager Unternehmen gesundheitsgerecht führen? Eine Frage, die der 5. Gesundheitsgipfel des DGB-Bildungswerks vom 5. bis 10. Oktober in Grainau beantworten will. Zum Gipfelthema „Prävention und Gesundheitsförderung“ wer-

den auch gute Beispiele vorgestellt. Veranstaltungsort ist die Zugspitze, „um die besondere Bedeutung der Veranstaltung herauszustellen“, wie das DGB-Bildungswerk in der Einladung erklärt. •

[www.betriebsraetequalifizierung.de](http://www.betriebsraetequalifizierung.de)

## Fotoausstellung

### Arbeit im Bergbau

Anlässlich des Endes der saarländischen Kohleförderung im Juni 2012 lädt die Arbeitskammer des Saarlandes zu einer Fotoausstellung ins „Haus der Beratung“ in Saarbrücken ein. Kaum etwas anderes hat der Region an der Saar so ihren Stempel aufgedrückt wie der Steinkohlebergbau. Die Ausstellung „Gesichter des Bergbaus“ zeigt noch bis zum 31. Juli die schönsten Porträts aus der Epoche des Bergbaus an der Saar.



„Arbeitswelten heute in Deutschland“ ist das Motto eines Fotowettbewerbs, den die Arbeitskammer aktuell ausgeschrieben hat. • [www.arbeitskammer.delfotopreis2012](http://www.arbeitskammer.delfotopreis2012)

## Otto-Brenner-Stiftung

### „Bild“ und Wulff

„Wer Bild für guten Journalismus lobt, muss Stalker für ihre Treue, Schwarzfahrer für umweltfreundliches Verkehrsverhalten und Schmuggler für das Überwinden von Grenzen auszeichnen.“ Dies ist das Fazit der Autoren Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz aus ihrer Studie „Bild‘ und Wulff – Ziemlich beste Partner“. Die Fallstudie entstand im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung.

Es ist die zweite Bild-Studie der beiden Medienexperten. Gut 1500 Meldungen zu Wulff wurden ausgewertet. Arlt und Storz stellen fest: „Immer macht Bild seinem Publikum etwas vor.“ Und letztlich sei das Massenblatt nichts anderes als eine „reine große Inszenierung“. Eine besondere Aktualität erhielt die Untersuchung Mitte Mai: Der renommierte Henri-Nannen-Journalistenpreis ging für den Bereich „Investigativer Journalismus“ an das Hamburger Massenblatt für seine Wulff-Berichterstattung. Gleichzeitig vergab die Jury den Preis auch an die Süddeutsche Zeitung. Die SZ-Redakteure nahmen den Preis nicht an. •

[www.bit.ly/obs\\_bild](http://www.bit.ly/obs_bild)

## Rentenpolitik

### Stabilität statt Lebensstandard

Der Paradigmenwechsel in der Rentenversicherung – weg von der Sicherung des Lebensstandards im Alter hin zur Armutsvermeidung - ist das Thema einer Veranstaltung des DGB und der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Johannes Steffen von der Arbeiterkammer Bremen sind die Referenten der Veranstaltung „Für eine Rente mit Niveau“ am 20. Juni in Stuttgart. •

Anmeldung per Fax: 0711 848 101 99  
oder E-Mail: [bvsv@drv-bw.de](mailto:bvsv@drv-bw.de)  
[www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

## IG BCE

### Pharmastandort

Neue Gesetze oder auch der verschärfte Wettbewerb führen in der pharmazeutischen Industrie zu Umstrukturierungen. Auf der Berliner IG BCE-Fachtagung „Pharmastandort Deutschland“ werden die unterschiedlichen Fragestellungen und Probleme diskutiert. •

Anmeldung für die Tagung vom 28. bis 29. Juni: [bws@igbce.de](mailto:bws@igbce.de); [www.igbce-bws.de](http://www.igbce-bws.de)

## interregio

••• Der **DGB-Bezirk Nord** wünscht sich von der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein vor allem **faire Löhne**. Das nördlichste Bundesland sei der „Lohnkeller der Nation“, kritisiert der Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn. Der DGB erwarte „engagierte Maßnahmen“, wie beispielsweise einen „Bundesratsantrag für einen gesetzlichen Mindestlohn“. [www.nord.dgb.de](http://www.nord.dgb.de)

••• Der **DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen** will eine **„zukunftsfähige Grenzregion“**. Deutschland und die Niederlande müssten handeln, um die Infrastruktur zu verbessern. Dabei stellt der Bezirksvorsitzende Andreas

Meyer-Lauber klar: „Nur wenn wir Arbeit, Umwelt und Logistik zusammen denken, wird es uns gelingen, die Grenzregion zukunftsfähig zu gestalten.“ [www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de)

••• Die Frauen im **DGB-Bezirk Baden-Württemberg** starteten eine **gemeinsame Kampagne** mit Verbänden, um den Frauenanteil in den Gemeinderäten zu erhöhen. Die stellvertretende Bezirksvorsitzende Marion von Wartenberg wünscht sich, dass künftig die „weibliche Bevölkerung von Baden-Württemberg an den politischen Prozessen gleichberechtigt beteiligt ist“.

[www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)  
[www.halbe-kraft-reicht-nicht.de](http://www.halbe-kraft-reicht-nicht.de)

# GEWERKSCHAFTEN

## Branchenzuschläge

### Mehr Fairness für Leiharbeiter

IG Metall, Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) und Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) haben sich am 22. Mai auf einen Tarifvertrag über Branchenzuschläge für die rund 240 000 Leiharbeitskräfte in der Metall- und Elektroindustrie geeinigt. Danach erhalten diese auf ihr Grundentgelt einen stufenweisen Zuschlag von bis zu 50 Prozent, der die Entgelt Differenz zur Stammbelagschaft teilweise ausgleicht. Nach sechs Wochen Einsatzdauer beträgt dieser Branchenzuschlag 15, nach dem dritten Monat 20, nach dem fünften Monat 30, nach sieben Monaten 45 und nach weiteren zwei Monaten 50 Prozent. Für einen Leiharbeiter in der untersten Entgeltgruppe beträgt der Zuschlag je nach Einsatzdauer zwischen 186 Euro und 621 Euro pro Monat.

„Das Ergebnis ist ein wichtiger Schritt hin zur fairen Bezahlung von

Leiharbeitern“, urteilt Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied und Verhandlungsführerin der IG Metall. Der Tarifvertrag tritt am 1. November in Kraft und läuft bis Ende 2017.

Die Einigung zur Leiharbeit hänge eng mit dem wenige Tage zuvor in Baden-Württemberg abgeschlossenen Pilottarifvertrag für die Branche zusammen, der den Betriebsräten mehr Kontrollrechte beim Einsatz von Leiharbeit einräumt. Nach zwei Jahren Tätigkeit in einem Betrieb soll den Leiharbeitskräften ein Stammarbeitsplatz angeboten werden. Regulierung im Entleihbetrieb und Branchenzuschläge seien zwei Seiten derselben Medaille, so Schwitzer.

Mit der Einigung über die Branchenzuschläge für LeiharbeiterInnen sei ein wesentliches Ziel zur Verbesserung der Bedingungen von Leiharbeitern in der Metall- und Elektroindustrie erreicht worden, fasst Helga Schwitzer zusammen. Unabhängig davon fordert die IG Metall wie die anderen DGB-Gewerkschaften weiterhin Equal Pay per Gesetz. •

## Fernbusverkehr

### Liberalisierung stoppen

EVG und ver.di fordern ein Ende der Liberalisierung im Fernbusverkehr. In einem gemeinsamen Brief rufen Alexander Kirchner (EVG) und Frank Bsirske (ver.di) auf, die Gesetzesnovelle im Bundesrat zu stoppen. Sie fordern, dass das Eisenbahnangebot „nicht durch konkurrierende Busleistungen gefährdet wird“. Dazu müsse die Maut auch auf Linienfernbus- und Gelegenheitsverkehre ausgeweitet werden. Im Entwurf der Bundesregierung fehlten Vorgaben zur Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards. •

## ver.di

### Kritik an H&M

ver.di fordert die Textilhandelskette H&M auf, sich aktiv für die Sicherheit der Beschäftigten in Bangladesch einzusetzen. Dazu solle sich das Unternehmen am Programm der weltweit größten US-Bekleidungsfirma PVH beteiligen, die gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften eine Absichtserklärung unterzeichnet hat. Ziel ist es, die Betriebe sicherheitstechnisch aufzurüsten, um etwa Brände zu vermeiden und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Besonders wichtig seien verbindliche externe Kontrollen und ein Beschwerderecht der Beschäftigten, erklärt Johann Rösch.

PVH wird die Vereinbarung jedoch nur umsetzen, wenn sich mindestens drei weitere internationale Textilfirmen beteiligen. H&M hat bereits abgelehnt. Für ver.di ist dies „skandalös und unverantwortlich“. Daran änderten auch die Versprechen des Unternehmens nichts, ein eigenes Programm auflegen zu wollen. Im Februar hatte ein Brand in einer Zuliefererfabrik von H&M zum Tod von 22 Näherinnen geführt. •

## kurz&bündig



Die IG BAU kritisiert die „Verhinderungspolitik aus Sachsen“

beim Mindestlohn im Maler- und Lackierhandwerk. Der Widerspruch des sächsischen Arbeitsministers blockiere die notwendige Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch den Tarifausschuss im Bundesarbeitsministerium.



Nach den Ausschreitungen beim Relegationsspiel zwischen

Fortuna Düsseldorf und Hertha BSC fordert die GdP vom DFB größere Anstrengungen gegen Gewalt im Fußballstadion. Stadionverbote und Geldstrafen reichten nicht aus. Punktabzüge für den eigenen Verein – und damit im schlimmsten Fall der Abstieg – könnten Ausschreitungen verhindern.



Die IG Metall kritisiert die angekündigten Produktionsverlagerungen bei Opel.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, fordert vom Opel-Vorstand ein Gesamtkonzept für alle Standorte und rasche Gespräche mit IG Metall und Betriebsräten. Der Versuch, die Beschäftigten über Drohgebärden gegeneinander auszuspielen, sei unredlich.



Auf dem internationalen Kongress der Lebensmittelgewerkschaften (IUL) in Genf hat

der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg gefordert, „transnationale Konzerne in die Pflicht zu nehmen“ und gemeinsam gegen die Ausbeutung der Beschäftigten und für mehr Arbeitsplatzsicherheit zu kämpfen.

## ? ...nachgefragt



**Blake Poindexter, Organisier der US-Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA), war am 24. Mai bei der Telekom-Hauptversammlung in Köln, um auf die gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik von T-Mobile USA aufmerksam zu**

**machen. „Wir erwarten Besseres“, die Kampagne von ver.di und CWA für mehr Gewerkschaftsrechte bei der US-Tochter, wird u.a. vom IGB unterstützt. Einblick fragte nach dem Stand der Dinge.**

„Wir sind dabei, die Organisation der Call Center voranzutreiben. Dazu verteilen wir Material auf den Parkplätzen, da wir das Firmengelände nicht betreten dürfen. In letzter Zeit haben wir auch viele Hausbesuche gemacht, manchmal bis zu 30 am Tag. Dort haben die Beschäftigten ein wenig Abstand zum Arbeitsplatz. Denn im Betrieb werden weiterhin irreführende Informationen über die Gewerkschaften verbreitet, sodass die Leute Angst haben, mit uns zu reden. Nur wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Beschäftigten an einem Standort für uns zu gewinnen, können wir als CWA im Betrieb agieren. Im Mai haben wir eine internationale Petition gestartet. Ziel ist es, das Grundrecht auf gewerkschaftliche Organisation auch bei T-Mobile USA und in anderen Ländern durchzusetzen.“ [www.bit.ly/CWA\\_Petition](http://www.bit.ly/CWA_Petition)

Gesellschaft im Umbruch

## Die Grundlagen sind erschüttert

Die Transformation hat längst begonnen, davon ist **Michael Müller**, Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland und Präsidiummitglied des Umwelt-Dachverbandes Deutscher Naturschutzring, überzeugt.

In dem fiktiven Brief an Francis Bacon, einem der wichtigsten Ideengeber der Aufklärung, lässt Hugo von Hofmannsthal den jungen Schriftsteller Lord Chandos klagen, dass er die Welt nicht mehr mit Hilfe der Sprache ordnen könne. Er wäre nicht mehr fähig, die Zusammenhänge zu verstehen. So scheint es auch heute zu sein. Getrieben vom Klimawandel über den Zusammenbruch von Lehman-Brothers bis zu Peak-Oil und Eurokrise **haben wir die Orientierung verloren.** Um zu begreifen, um was es geht, müssen wir unter die Oberfläche

gucken und die längerfristigen Entwicklungstendenzen verstehen. Das fängt an mit dem Begriff der Krise. Der Deutsche Naturschutzring ist überzeugt davon, dass es um mehr geht, um einen Epochenbruch, der uns grundsätzlich herausfordert. Die Transformation hat längst begonnen. Es geht nicht um Teilkorrekturen, wir müssen nicht nur ein reinigendes Gewitter überstehen. Vielmehr sind wesentliche Grundlagen in unserem Verständnis von Fortschritt erschüttert. Die Architektur der europäischen Moderne stürzt ein,

die auf Fortschritt und Linearität aufbaut. Das ist vorbei.

**Wir erreichen die ökonomischen Grenzen des Wachstums**, alle OECD-Länder befinden sich schon länger nicht mehr auf einem exponentiellen Kurs, auch wenn dies die Grundannahme des Lissabon-Vertrags der EU ist. Das hohe Wachstum bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts war eine historische Ausnahmesituation, aber es prägt bis heute die Rezepte der Wirtschaftspolitik. Und auch der Finanzkapitalismus beruht auf der irrsinnigen Annahme, der Neoliberalismus könnte in die Wachstumsraten der Nachkriegsjahrzehnte zurückführen.

Die ökologischen Grenzen des Wachstums haben wir in wichtigen Bereichen schon überschritten. **Der Klimawandel ist in den nächsten fünf Jahrzehnten nicht mehr zu stoppen**, und wir tun nur wenig, ihn wenigstens in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts drastisch abzumildern. Der ökologische Fußabdruck der heutigen Zivilisation ist bereits so groß, dass wir im August die biologische Regenerationskraft eines Jahres verbraucht haben. Die Öl-Prognosen gehen davon aus, dass in rund 40 Jahren mit einem Ende der herkömmlichen Ölförderung zu rechnen ist. Aber die unvermindert weiter wachsende Mobilität ist auf diesem schwarzen Gold aufgebaut.

Schließlich basieren auch die meisten Sozialsysteme auf Wachstum, sodass nicht nur der demografische Wandel an der sozialen Sicherheit rüttelt, sondern auch ihre finanziellen Grundlagen wegbrechen. Zudem nehmen in allen Industriegesellschaften die Unterschiede zwischen Arm und Reich



Foto: SPD

**Michael Müller, von 1983 bis 2009 SPD-Bundestagsabgeordneter und von 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär, gehört seit 2011 der Bundestags-Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität als Sachverständiger an.**

zu, seitdem die Wachstumsmaschine nicht mehr die hohen Zuwachsraten ausspuckt.

Doch wir setzen Wachstum weiterhin mit Fortschritt gleich, obwohl der Nationale Wohlfahrtsindikator zu dem Ergebnis kommt, dass **trotz eines steigenden Bruttoinlandsprodukts seit fast zehn Jahren die Lebensqualität sinkt.** In den nächsten Jahren wird sich die alte Frage wieder mit aller Kraft stellen: Wie ist Fortschritt möglich? Ein Fortschritt, der nicht die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, der die Gesellschaften zusammenhält, der Lebensqualität und Wohlstand für alle – nicht nur national, sondern global – möglich macht, der mehr Demokratie und Teilhabe verwirklicht.

Dafür müssen wir uns lösen aus der Geiselhaft der Banken, dürfen nicht länger Getriebene eines Marktes sein, hinter dem nur die kurzfristigen Gewinninteressen großer und kapitalstarker Unternehmungen stehen. Wir müssen mehr Demokratie wagen und zeigen, dass wir auch zur Solidarität mit den künftigen Generationen fähig sind. **Deshalb müssen wir den Ökonomismus unserer Zeit beenden** und das ins Zentrum stellen, um was es bei der europäischen Moderne ging: die Emanzipation der Menschen. ●

Anzeige

# ES GIBT KLARE INTERNATIONALE REGELN FÜR DEN HANDEL MIT BANANEN UND DINOSAURIERKNOCHEN, ABER NICHT FÜR WAFFEN.

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.  
[www.amnesty.de/haendehoch](http://www.amnesty.de/haendehoch)

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE  
**AMNESTY INTERNATIONAL**



Julia Franz und Michael Brauchli

Politik für eine gerechte Gesellschaft

## Umdenken – gegenlenken!

Der Kurs des „immer mehr“ ist nicht alternativlos, sagt der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** und erklärt, warum sich die Gewerkschaften gemeinsam mit Bündnispartnern für eine sozialökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft engagieren.

In wenigen Wochen beginnt in Rio de Janeiro die „Rio plus 20“-Konferenz. 20 Jahre nach dem ersten UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung wird am selben Ort Bilanz gezogen. Sie wird negativ ausfallen. Denn wir leben in einer Zeit, die von sich gegenseitig bedingenden und verschärfenden Krisen geprägt ist: die Entwertung der Arbeit, die Schuldenkrise, die Sozialstaatskrise, die ökologische Krise, die Ernährungskrise und in der Gesamtheit eine Legitimations- und Demokratiekrise.

**Keine dieser Krisen ist vom Himmel gefallen.** Die politisch Verantwortlichen haben sie durch falsche Entscheidungen und Weichenstellungen verursacht, Banker und Finanzjongleure haben sie verschärft. Die Politik steuert nicht, sie ist getrieben. Die Zuspitzung der Eurokrise unterstreicht, wie wichtig es ist, Alternativen zur einseitigen Kürzungspolitik zu finden.

Gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und Einrichtungen der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) setzen wir uns für eine Neuordnung und Neudefinition der Wirtschaft, die Stärkung der Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit ein. In dieser Kooperation **arbeiten erstmals drei wichtige gesellschaftliche Kräfte zusammen.** Wir werben auf dem Transformationskongress gemeinsam für ein Umdenken und eine neue Politik. Diese Kooperation ist dabei schon für sich ein wichtiges Signal.

Wir setzen uns für die Transformation der Verhältnisse ein, für verbindliche Regeln für die Märkte und damit für einen Politikwechsel.

Es ist höchste Zeit, umzudenken! Es ist an der Zeit, endlich gegenlenken und einer Politik entgegenzuwirken, die die gesellschaftliche Spaltung vertieft, eine ganze Generation um ihre Zukunft bringt und den Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen nicht stoppen will oder kann.

Dabei beginnen wir nicht bei Null, sondern knüpfen an unsere unterschiedlichen Werte, Traditionen und Positionen an. Wir Gewerkschaften haben unseren **Wertekanon mit den Kernen Solidarität und Gerechtigkeit**, mit starker internationaler Ausrichtung. Auf dieser Grundlage streiten wir seit vielen Jahrzehnten für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und eine starke Demokratie. Die Neugestaltung der Wirtschaft ist für uns untrennbar mit mehr Demokratie verbunden. Deswegen streiten wir nicht nur für den Erhalt der Mitbestimmung, sondern wir wollen sie zum Exportschlager machen. Wir wollen, dass die Beschäftigten mitbestimmen können, wenn es um ihr Unternehmen und damit auch ihre Arbeitsplätze geht.

Neben Gerechtigkeit und Solidarität setzt sich der DGB **für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft** ein. „Wer das Leben der Menschen für die Zukunft sichern will, muss ökologisch umsteuern. Der Ressourcen- und Energieverbrauch muss erheblich reduziert werden.“ So heißt es im DGB-Grundsatzprogramm von 1996.

Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht leicht zu haben. Wir sehen das am nachholenden Wachstum



Foto: DGB/Franka Bruns

**Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird gemeinsam mit Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der EKD, und Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzringes, den Transformationskongress am 8. Juni eröffnen.**

der Schwellenländer, das auf den alten, quantitativen Prinzipien basiert. Doch wer in den Industrieländern mag ihnen das ernsthaft vorwerfen? Umso wichtiger ist es, dass wir ein anderes Leit- und Vorbild entwickeln. Das kann der sozial-ökologische Umbau in den westlichen Industriestaaten sein, damit der Kurs des „immer mehr“ nicht als alternativlos hingestellt werden kann. Deutschland hat mit der Energiewende hier die Chance, globaler Vorreiter zu sein.

Sozialökologische Modernisierung meint qualitatives Wachstum und setzt auch auf den Ausbau sozialer Dienstleistungen. **Es geht nicht um „immer mehr“, sondern um „immer besser und effektiver“.** Bessere Bildung und Daseinsvorsorge, bessere Arbeitsbedingungen, mehr soziale Teilhabe – und das alles global. Wichtig ist uns, dass nachhaltiges Wirtschaften und Gute Arbeit nicht als Gegensätze dargestellt werden. Eine Branche, in der die Arbeitsbedingungen schlecht sind, kann weder modern noch zukunftsfähig sein.

Solidarität, Gerechtigkeit und Gute Arbeit waren und sind keine Selbstverständlichkeiten – man muss immer wieder von Neuem dafür kämpfen, mit starken Bündnispartnern, die auch diese Ziele verfolgen. Einen Aufschlag machen wir mit dem Transformationskongress. ●

## Prominente Gäste

**Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken: Unter diesem Motto wollen DGB, Deutscher Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche auf dem Kongress am 8./9. Juni gemeinsam mit Wissenschaft und Politik die Debatte über eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft führen (einblick 9/12).**

**Namhafte WissenschaftlerInnen haben ihre Beteiligung zugesagt. So wird der US-amerikanische Ökonom Prof. Dr. James K. Galbraith über das „nächste ökonomische Welt-Modell“ referieren. Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, will im Sinne Willi Brandts „Mehr Demokratie wagen“.**

**Am Diskurs über eine nachhaltige Zukunft von Arbeit, Wirtschaft und Demokratie nehmen zahlreiche bekannte WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen sowie VertreterInnen von Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbänden teil, u.a. Dr. Stephan Schulmeister (Austrian Institute of Economic Research), Prof. Dr. Petra Dobner (Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Universität Hamburg), Prof. Colin Crouch (Warwick Business School), Präses Dr. h.c. Nikolaus Schneider (EKD-Ratsvorsitzender), Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzringes und IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow.**

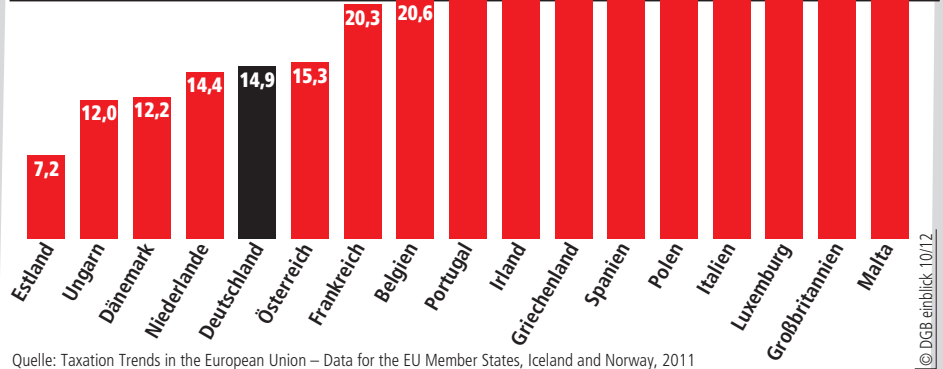
[www.transformationskongress.de](http://www.transformationskongress.de)

### KAPITALSTEUERN: Deutsche zahlen unter EU-Durchschnitt

**Nach wie vor leistet sich Deutschland eine erheblich niedrigere Besteuerung von Kapital- und Firmeneinkünften (14,9%) als der EU-Durchschnitt (20,6%). Im Vergleich der EU-27 kommt Deutschland gerade mal auf Platz 17. Von 2000 bis 2009 ist der Steueranteil aus Kapitaleinkünften um 1,3 Prozent gesunken. Vor allem die Einführung der Abgeltungssteuer 2009, mit der Kapitaleinkommen pauschal mit 25 Prozent versteuert werden, führte zu Mindereinnahmen.**

Anteil aus Steuern auf Kapitaleinkommen am gesamten Steueraufkommen 2009 in ausgewählten EU-Mitgliedsländern (in Prozent)

EU-27 (Durchschnitt) = 20,6



Quelle: Taxation Trends in the European Union – Data for the EU Member States, Iceland and Norway, 2011

© DGB einblick 10/12

## personalien

••• Den neu gegründeten Dachverband europäischer Industriegewerkschaften „IndustriALL – European Trade Union“ ([www.industriall-europe.eu](http://www.industriall-europe.eu)) wird der IG BCE-Vorsitzende **Michael Vassiliadis**, 48, als Präsident führen. Zum Generalsekretär wurde **Ulrich Eckelmann**, 61, gewählt, bisher Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB). Der Mitte Mai in Brüssel gegründete neue Gewerkschaftsbund ist ein Zusammenschluss aus dem EMB, der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) sowie des Europäischen Gewerkschaftsverbands Textil, Bekleidung, Leder

(EGV:TBL). Er vertritt die Interessen von sieben Millionen Beschäftigten aus 230 europäischen Gewerkschaften.

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

- 29.5.** DGB West, Diskussion „Pflegen am Fließband?“, Mainz
- 29.5.-13.6.** DGB Sachsen, Kampagne für ein modernes Vergabegesetz „Billig: kommt teurer – öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!“, Städtetour durch die DGB-Regionen Leipzig-Nordsachsen und Dresden-Oberes Elbtal
- 31.5.** Verband deutscher

Schriftsteller (VS in ver.di) u.a., Literarisch-politischer Themenabend: Literatur sucht Politik, Leipzig

**31.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Veranstaltung „Wie weiter mit dem Mindestlohn?“, Torgelow

**2.6.** Hamburger Bündnis gegen Rechts, Demonstration „Naziaufmarsch stoppen!“, Hamburg

**4.6.** DGB und GEW, Workshop „Vereinbarkeit von Qualifizierung und Familie? Arbeitszeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses“, Berlin

**5.6.** DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land, Kino gegen Rechts „Die Kriegerin“, Düsseldorf

**5.6.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Nachhaltigkeit Reloaded – Auf dem Weg zum Rio+20 Gipfel“, Berlin

**6.-10.6.** DGB-Bildungswerk, Seminar: Fachkraft Rechtsextremismus – Prävention 2012, Hattingen

**6.-13.6.** DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt u.a., 23. Internationales Filmfest Emden-Norderney

**7.-10.6.** IG BAU-Jugend, Camp Sunrise Festival 2012, Steinbach

**8./9.6.** DGB, Deutscher Naturschutzring und Einrichtungen der EKD, Transformationskongress, Berlin

**8.-10.6.** War Resisters' International, unterstützt von der GEW, Konferenz „Gegen die Militarisierung der Jugend“, Darmstadt

**10.6.** DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Verleihung des DGB-Filmpreises, Emden

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muetzel@berlin.de](mailto:bettina.muetzel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

## Schlusspunkt.

**„Nobelpreisträger unterliegen keinen Einschränkungen, sie erhalten sofort unbefristete Niederlassungserlaubnis.“**

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in der Bundestagsdebatte über Fachkräftebedarf und Einwanderung am 27. April.



### Unfallversicherung

#### Sturz in der Werkskantine ohne Schutz

Rutscht ein Arbeitnehmer in der Werkskantine auf Salatsoße aus und verletzt sich dabei, so ist das nicht als Arbeitsunfall zu werten. Die Nahrungsaufnahme ist grundsätzlich dem privaten (nicht versicherten) Lebensbereich zuzurechnen.

**Sozialgericht Heilbronn,**  
Urteil vom 26. März 2012 – S 5 U 144 4/11

### Verdachtskündigung

#### Arbeitnehmer ist vorher zu hören

Beabsichtigt der Arbeitgeber, eine Kündigung aufgrund eines Verdachts auszusprechen, so muss er vorher den Arbeitnehmer zu den Vorwürfen hören. Die Einladung zur Anhörung muss den Gegenstand des Gesprächs beinhalten und den Mitarbeiter in die Lage versetzen, eine Vertrauensperson hinzuzuziehen.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,**  
Urteil vom 30. März 2012 – 10 Sa 2272/11

### Kündigungsgrund

#### Zulässige Anordnung ist zu befolgen

Widersetzt sich ein Arbeitnehmer beharrlich einer zulässigen Weisung des Arbeitgebers, stellt dies eine schwerwiegende Pflichtverletzung dar, die einen Kündigungsgrund bilden kann. Das ist der Fall, wenn der Arbeitgeber im Rahmen seines Direktionsrechts eine einheitliche Dienstkleidung vorschreibt, der Arbeitnehmer sich aber weigert, die Dienstkleidung zu tragen.

**Arbeitsgericht Cottbus,**  
Urteil vom 20. März 2012 – 6 Ca 1554/11

### Sozialversicherungsbeiträge

#### Nachzahlung bei ungültigem TV

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit kann nur durch einen wirksamen Tarifvertrag außer Kraft gesetzt werden. Die Vereinbarung, die von der „Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften“ geschlossen wurde, wonach Leiharbeitnehmer eine geringere Vergütung erhalten als Stammbelagschaften, ist aber kein Tarifvertrag. Die „Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften“ ist nämlich keine tariffähige Gewerkschaft. Da jahrelang zu geringer Lohn gezahlt wurde, haben auch die Sozialversicherungsträger zu niedrige Beiträge erhalten. Diese können sie jetzt nachfordern.

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,**  
Beschluss vom 10. Mai 2012 – L 8 R 164/12 B ER

### Mitbestimmung

#### Korrekte Information muss sein

Der Unternehmer hat den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig und umfassend über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens zu unterrichten. Verspätete, unvollständige oder unterlassene Information des Wirtschaftsausschusses kann mit einem Verfahren nach dem Paragraphen 23 Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes geahndet werden. Nach dieser Vorschrift kann sogar ein Ordnungsgeld oder ein Zwangsgeld gegen den Arbeitgeber verhängt werden.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,**  
Beschluss vom 30. März 2012 – 10 TaBV 2362/11

### Berufskrankheiten

#### Auch Meniskusschäden von Müllmännern

Müllmänner sind bei der Arbeit den gleichen Belastungen ausgesetzt wie Profisportler. Meniskusschäden können daher als Berufskrankheit anerkannt werden.

**Der Fall:** Ein Müllwerker erlitt während seiner beruflichen Tätigkeit ein Verdrehtrauma im rechten Kniegelenk. Die medizinische Untersuchung ergab eine ausgeprägte Schädigung im Meniskus. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Entschädigung des Arbeitsunfalls mit der Begründung ab, dass die Erkrankung keine Unfallfolge sei. Es liege auch keine Berufskrankheit vor, da Müllwerker nicht entsprechenden Kniebelastungen ausgesetzt seien. Mit seiner Klage hatte der Arbeitnehmer Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Die Berufsgenossenschaft ist zur Anerkennung der Berufskrankheit verpflichtet. Müllwerker sind bei ihrer Tätigkeit in erheblich höherem Maße als die übrige Bevölkerung Belastungen der Kniegelenke ausgesetzt. Dies resultiert aus der häufigen und erheblichen Bewegungsbeanspruchung insbesondere beim Laufen und Springen mit häufigen Knick-, Scher- oder Drehbewegungen auf unebenem Untergrund. Solche Belastungen mit reflektorisch unkoordinierten Bewegungsabläufen liegen auch bei Rangierern sowie bei Hochleistungssportlern wie Fußball-, Handball- und Basketballspielern vor, deren Meniskuserkrankungen als Berufskrankheiten anerkannt werden. Entgegen der Annahme der Berufsgenossenschaft ist die Tätigkeit von Müllwerkern auch nicht von einem kontrollierten Besteigen des Trittbretts – vergleichbar dem Benutzen einer Leiter oder Treppe – geprägt. Diese Vorstellung entspricht allenfalls den bestehenden Arbeitsschutzbedingungen, nicht aber der alltäglichen Lebenswirklichkeit von Müllwerkern.

**Hessisches Landessozialgericht,**  
Urteil vom 7. Mai 2012 – L 9 U 211/09

### Arbeitsaufgabe

#### Keine Sperrzeit bei wichtigem Grund

Schließt eine schwangere Frau mit ihrem Arbeitgeber einen Aufhebungsvertrag, um zum Kindsvater in eine andere Stadt zu ziehen, dann stellt dies einen wichtigen Grund zur Aufgabe der Arbeitsstelle dar. Die Verhängung einer Sperrzeit ist dann unbegründet.

**Der Fall:** Die Arbeitnehmerin aus Berlin im fünften Schwangerschaftsmonat gab ihre Beschäftigung auf, um zu dem in Bochum lebenden Partner zu ziehen. Die Agentur für Arbeit Bochum ordnete eine zwölfwöchige Sperre des Arbeitslosengeldes an. Die Maßnahme wurde damit begründet, dass die Versicherte das Beschäftigungsverhältnis gelöst und damit die Arbeitslosigkeit vorsätzlich herbeigeführt habe, ohne dass dafür ein wichtiger Grund vorgelegen habe. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

**Das Sozialgericht:** Die Arbeitnehmerin hat zwar vorsätzlich die Arbeitslosigkeit herbeigeführt, hierfür jedoch einen wichtigen Grund gehabt. Der Frau ist die Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses in Berlin nicht mehr zumutbar gewesen. Aufgrund von gesundheitlichen Problemen während der Schwangerschaft mit Arbeitsunfähigkeitszeiten und der Gefahr einer Fehlgeburt hat die Frau auch im Interesse des ungeborenen Kindes die Unterstützung des Kindsvaters in Bochum gebraucht. Dies ist nur dadurch zu ermöglichen gewesen, dass die Arbeitnehmerin ihre Arbeit in Berlin aufgegeben hat und nach Bochum gezogen ist.

**Sozialgericht Dortmund,**  
Urteil vom 27. Februar 2012 – S 31 AL 262/08